

How to take care of EU-Citizens

An einem Montagmorgen um 10:07 Uhr betritt Herr Philipov das Büro eines Beratungszentrums für Migranten, packt seine Unterlagen, die er in einer Stofftüte mitgebracht hat, aus und fängt an zu erzählen:

"Ich habe neunundzwanzig Tage lang für meinen Arbeitgeber gearbeitet, aber dann, als er mich bezahlen sollte, war er auf einmal nicht mehr telefonisch erreichbar. Er hat mir die ganze Zeit versprochen, mir einen Arbeitsvertrag anzufertigen, hat auch meine Personalien kopiert und alles, was dazu gehört. Jetzt stehe ich mit fünf Euro in der Tasche auf der Straße, habe kein Job und muss meiner Familie in Bulgarien Geld schicken, da sie nur auf mich zählen. Was soll ich machen? Ich bin verzweifelt. Bitte helfen Sie mir!"

Dies ist eines der zahlreichen Anliegen, die Herr Steiner (*Name geändert*), Frau Königbauer (*Name geändert*) und Herr Jäger (*Name geändert*) von einer Beratungsstelle für Migrant_innen, jeden Tag bewältigen müssen. Das Beratungszentrum versteht sich als eine Erstanlauf- und Informationsstelle für Migrant/Innen aus den EU- Beitrittsländern Bulgarien und Rumänien, die infolge ihrer Arbeitssituation in prekäre Lebenssituationen geraten sind.

Die Mitarbeiter_innen des Projekts sind täglich mit Problemen, Konflikten und Erfolgsgeschichten konfrontiert, die sie verarbeiten müssen. Zugleich sind sie in die politische Großwetterlage im Hinblick auf die Migration von Bulgar_innen und Rumän_innen nach Deutschland involviert. Was diese doppelte Position bedeutet und wie die Mitarbeiter_innen sowohl ihrer Funktion als Berater, als auch ihrer politischen Funktion gerecht werden, ist Thema dieses Artikels.

Dem Team gehören drei hauptamtliche Mitarbeiter_innen, sowie fünf ehrenamtliche Helfer_innen an, wobei die dritte hauptamtliche Stelle erst zum Ende des Jahres

2014 bewilligt und von Herrn Jäger (*Name geändert*) besetzt wurde. Das Projekt wurde bereits im Juni 2012 gegründet und nach zweijährigem Bestehen auf ein weiteres Jahr verlängert. Seit seinem Bestehen wurde seine Beratung von über 1500 Ratsuchenden genutzt, davon 65% Bulgar_innen und 35% Rumän_innen. Wie die Statistik des Zentrums belegt, lag das Verhältnis von Bulgar_innen und Rumän_innen im ersten Jahr 2012 verhältnismäßig 90% zu 10%:

Statistische Daten			
Gesamtzahl der Ratsuchenden		Gesamtzahl der Beratungen	
		Bulgarien in %	Rumänien in %
02.07.2012-31.12.2012	331	906	90 10
01.01.2013-31.12.2013	584	2450	75 25
01.01.2014-30.09.2014	492	2667	65 35
Seit Projektbeginn	1407	6023	

Abbildung 1

Die Beratungs- und Informationstätigkeit des Zentrums beinhaltet einerseits Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche, andererseits geht es auch um die Schaffung eines niederschweligen Beratungsangebots. Gleichzeitig werden präventive Orientierungshilfen zum deutschen Arbeits-, Sozial- und Bildungssystem vermittelt. Das Ziel der Beratungsstelle ist, die Chancen von bulgarischen und rumänischen Migrant_innen auf dem städtischen Arbeitsmarkt zu verbessern und sie in diesen zu integrieren, so der Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft.

Oft geraten diese aber auch in prekäre Arbeitsverhältnissen, wie wir es immer wieder während unserer teilnehmenden Beobachtungen erlebt haben. Dies liegt an mangelnden oder nicht vorhandenen Deutschkenntnissen, die es unmöglich machen,

sich gegen Ausbeutung zur Wehr zu setzen.

Auch die Wohnsituation ist ein wiederkehrendes Problem in den Beratungen. Wegen des hart umkämpften Wohnungsmarktes und Vorurteilen auf Seiten der Vermieter, haben die Neuzuwanderer und Neuzuwanderinnen kaum Chancen auf klassischem Weg eine Bleibe zu finden und sind deshalb gezwungen, übersteuerte Preise für ein Zimmer oder gar eine Matratze an Immobilienmakler und private Vermieter zu bezahlen. So wird die Ausbeute auch durch die Beschränkungen der Arbeitsfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien erleichtert. Denn diese führen dazu, dass Rumän_innen und Bulgar_innen in informellen Arbeits- und Wohnverhältnisse gedrängt werden bzw. diese aus Verzweiflung und Alternativlosigkeit annehmen.

Krankenversicherung, Kindergeld, Integrationskurse, Sozialwohnung, Wohngeld sind weitere Bereiche, in denen die Klient_innen beraten werden. Die Vormittage und Nachmittage im Beratungszentrum gestalten sich unterschiedlich. Am Vormittag werden meist Regelberatungen geführt, am Nachmittag werden überwiegend Lebenslaufhilfen angeboten oder die Klienten werden bei der Jobsuche unterstützt. Dafür werden ihnen zwei Computer zur Stellensuche auf der Webseite der Arbeitsagentur oder anderen relevanten Webseiten, zur Verfügung gestellt.

Das Migrationszentrum regiert mit seinem Zuschnitt auf Arbeitsmarktintegration und die juristische Unterstützung von Bulgar_innen und Rumän_innen angesichts ausbeuterischer Arbeitsverhältnissen auf ein „Problem“, welches medial und politisch derzeit unter dem Begriff „Armutsmigration“ verhandelt wird. Hinter diesem Begriff steht die Angst, dass mit der EU-Mitgliedschaft von Bulgarien und Rumänien und der damit einhergehenden Arbeitnehmerfreizügigkeit nun ein „Ansturm“¹ von „Sozialschmarotzern“ aus den beiden Ländern zu erwarten sei. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation in den beiden Ländern, die seit der politischen Wende im Jahr 1989 stets zunimmt und einer Arbeitslosigkeit von 30% schienen Politiker sowie Massenmedien in Sorge darüber versetzt zu sein, dass nun „die Bulgaren und Rumänen kommen“². Im Gegensatz zur Osterweiterung im Jahre

1 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/westeuropa-fuerchtet-freizuegigkeit-fuer-rumaenien-und-bulgarien-a-884562.html>.

2 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/arbeitnehmerfreizuegigkeit-die-bulgaren-und-rumaenen->

2004, wurde die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien deshalb bis 2014 ausgesetzt, obwohl die Länder bereits 2007 der EU beitraten und die Übergangsfrist normalerweise bei drei Jahren liegt. Tatsächlich ist die Zahl der Bulgar_innen und Rumän_innen in Deutschland seit 2007 gestiegen. Die große Einwanderungswelle ist aber ausgeblieben. Dennoch wurden im November dieses Jahres neue Ausschlussmechanismen für EU-Bürger allgemein geschaffen, wie zum Beispiel die Änderungen des EU-Freizügigkeitsgesetzes³, laut dessen die Arbeitssuche auf sechs Monate befristet werden soll. Wenn nach Ablauf dieser Frist nicht nachgewiesen werden kann, dass es berechtigte Hoffnung auf eine Beschäftigung gibt, soll die Aufenthaltsgenehmigung erlöschen.

Das Beratungszentrum hat angesichts dieser Debatten nicht nur einen beratenden, unterstützenden und integrierenden Auftrag, sondern auch einen politischen. Es soll auf Ebene der Stadt das Problem lösen, wie man mit europäischen Bürger_innen umgeht, die man aufgrund der EU-Rechte nicht völlig ausschließen kann, die man aber doch nur dann haben will, wenn sie produktiv und ökonomisch sind und die man aufgrund der Debatten und politischen Beschränkungen in prekären Arbeits- und Wohnsituationen gebracht hat. Dieser doppelte Auftrag an das Beratungszentrum bringt Konflikte mit sich, die sich durch die Berater_innen hindurchziehen und auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Denn sie sollen zugleich integrieren, aber auch gegen Ausbeutung vorgehen und unterstützen, den Hilfesuchenden helfen und das Problem der Armutsmigration durch Arbeitsmarktintegration, zumindest zum Teil, lösen. Zu welchen Perspektiven auf ihre Arbeit und persönlichen Belastungen dies bei den einzelnen Beratern führen kann, die sich zwischen sozialer Arbeit und Politik zu verorten haben, wollen wir im Folgenden anhand von Interviews und Beobachtungen darstellen. Dabei kontrastieren wir die durchaus unterschiedliche Wahrnehmung und Darstellung der Situation durch Herrn Steiner (*Name geändert*) mit der von Frau Königbauer (*Name geändert*).

Herr Steiner (*Name geändert*) beginnt das Gespräch mit uns, indem er auf die Entstehung der Stelle eingeht. Das Beratungszentrum geht ursprünglich auf der Initiative einiger ehrenamtlicher Helfer zurück, die mit ihm zusammen an einer

kommen-12727567.html.

³ <http://npl.ly.gov.tw/pdf/8816.pdf>.

bekannten städtischen Straßenecke der aus Bulgarien stammende ethnisch-türkische Minderheit, beraten haben, oder ihre Unterlagen ausgefüllt haben, da er selbst türkische Wurzeln hat, ihre Sprache spricht und somit Vertrauensbasis aufbauen konnte. Herr Steiner (*Name geändert*) war also bereits in der Unterstützung bulgarischer Migrant_innen in München tätig, bevor es auf kommunaler Ebene entschieden wurde diese Tätigkeit zu finanzieren und ein Beratungszentrum zu eröffnen.

Dieses Migranten Beratungszentrum überhaupt auf die Beine zu stellen hat sehr viel Zeit und Mühen gekostet. Den Politikern "die Augen zu öffnen" und zu zeigen, dass es diese Gruppe Menschen gibt, die schon seit Jahren auf dem sogenannten "Arbeiterstrich" nach temporären Erwerbstätigkeiten suchen, war laut Herrn Steiner (*Name geändert*), sehr schwierig. Am Ende gelang es aber und das Zentrum wurde von der Stadt finanziert. Die Existenz des Projekts ist also wesentlich dem zivilgesellschaftlichen Engagement von ihm und den zahlreichen Ehrenamtlichen zu verdanken.

Nachdem die "Kiste der Pandora", wie er sie nennt, nun geöffnet war und das Projekt startete, wurde die Arbeit nicht weniger, denn seitdem muss man jedes Jahr aufs Neue den Stadtrat davon überzeugen, dass das Projekt Effekt hat, die Menschen dadurch es wirklich ansatzweise oder ganz auf dem Arbeitsmarkt integriert werden und es sich lohnt, es weiterhin zu finanzieren. Dies funktioniert zwar bis dato sehr gut, aber leider auf Kosten der Mitarbeiter. Der Andrang in der Stelle ist sogar so groß, dass die drei Hauptamtlichen oft auf die Hilfe Ehrenamtlicher angewiesen sind.

Die Mitarbeiter_innen der Stelle haben aber nicht nur mit dieser hohen Arbeitsbelastung zu kämpfen. Manchmal ist es so, dass sie aus persönlicher Überzeugung helfen wollen, aber ihnen dies, laut interner Regelungen, untersagt ist. Ein Beispiel dafür sind die Sozialhilfeleistungen, die laut Herr Steiner (*Name geändert*) Integration fördern, da man sich so finanziell abgesichert, auf das Erlernen der deutschen Sprache konzentrieren kann und sich keine weiteren Sorgen machen muss.

Doch das Ausfüllen des Antrages auf SGB II erfordert einige Kenntnisse. Die meisten

Klienten sind damit überfordert, weswegen sie immer wieder die Hilfe von Steiner (*Name geändert*) suchen müssen. Dieser muss sie jedoch schweren Herzens zurückweisen - vermutlich, um das "Betrügen" des Sozialsystems nicht noch zu befeuern.

Auch die Situation auf dem Wohnungsmarkt, stimmt ihn sehr nachdenklich, denn er muss tatenlos zusehen, wie eine Familie mit Kindern, welche hier seit Jahren lebt und deren Kinder die Schule besuchen, einfach auf Grund einer nicht vorhandenen Anmeldung der Kinder beim Kreisverwaltungsreferat, auf Kindergeld verzichten muss. Dies, weil sie sich nicht trauen, den Vermieter zu fragen, ob die Kinder in der eigentlich viel zu kleinen Wohnung mit-angemeldet werden dürfen. Diese Angst ist nicht unbegründet, denn, in den meisten Fällen, verlieren prekarierte Arbeitsmigrant_innen bei solchen Anliegen ihre Wohnung und landen auf der Straße. Das "Nichtgemeldetsein" ist für finanzschwache Migrant_innen ein großes Thema, denn die angespannte Wohnraumsituation hat den Effekt, dass sie bei jemandem wohnen, ohne angemeldet zu sein.

Gegen Ende des Gesprächs mit uns wird Herr Steiner (*Name geändert*) angesichts dieser Situation von seinen Emotionen beinahe überwältigt und äußert seine Hilfslosigkeit mit dem Satz "*Aaah, ich kann nicht mehr...*".

Seine Kollegin, Frau Königbauer (*Name geändert*), äußert sich, im Gegensatz dazu sachlich, aber dennoch kritisch darüber, was ihrer Ansicht nach, die Arbeit der Stelle erschwert. Sie unterstreicht mehrmals die Hilfe, die das Projekt seitens der Träger bekommt, in dem sie aufzeigt, und betont die Erfolge, die man vorzuweisen hat. Auch die Unparteilichkeit des Projekts wird von ihr mehrmals unterstrichen und außer Frage gestellt. Als problematisch sieht sie wiederum die nicht ausreichenden Stellen bei der Beratungsstelle:

"Wir haben die Kapazität nicht dazu. Wie gesagt, halbe Stelle, Vollzeitstelle und wir haben im Durchschnitt im Monat 200 Beratungen. Also wir hatten auch mal Monate mit 300 Beratungen".

Während der von uns durchgeführten teilnehmenden Beobachtungen, konnten wir die Überlastung der Stelle hautnah miterleben. Zum damaligen Zeitpunkt musste

Herr Steiner (*Name geändert*) als einziger Vollzeitangestellter des Beratungszentrums, sowohl die ethnisch-türkische Minderheit und die Roma Minderheit, die auch Türkisch beherrschen, als auch die ethnischen Bulgar_innen, mit Hilfe von ehrenamtlichen Mitarbeitern, die der Sprache mächtig sind, beraten. Denn die halbe Stelle für Herrn Jäger (*Name geändert*), der nun die bulgarisch sprechenden Migrant_innen zuständig ist, wurde erst im Oktober 2014 neu geschaffen.

Auch Frau Königbauer (*Name geändert*), die seit September 2012 an der Seite von Herrn Steiner (*Name geändert*) eine halbe Beratungsstelle für die rumänischen Migrant_innen hat, zählt auf die Hilfe von Ehrenamtlichen, da die ganze Verwaltungsarbeit auf ihr lastet, welche sie sich aber jetzt mit ihren neuen Kollegen, Herrn Jäger (*Name geändert*), teilt. Sie ist auch diejenige, die die Tatsache, dass das Projekt 2014 nur auf ein weiteres Jahr verlängert wurde, kritisch beurteilt. Andererseits nimmt sie es aber auch als Ansporn, um ihrer Arbeit mit noch mehr Entschlossenheit nachzugehen.

Der Kontrast der beiden Positionen von Frau Königbauer (*Name geändert*) und Herrn Steiner (*Name geändert*) macht deutlich, dass sie zwar von derselben Konfliktlage sprechen, sie aber unterschiedlich wahrnehmen. Während Herr Steiner (*Name geändert*) seine Überzeugung emotional und mit bewegenden Beispielen aus seiner Beratererfahrung bekräftigt, argumentiert Frau Königbauer (*Name geändert*) sehr sachlich und pragmatisch. Trotz der unterschiedlichen Wahrnehmung der Konfliktlage betonen die Mitarbeiter des Beratungszentrums, dass die gegenseitige Unterstützung und der regelmäßige Austausch der Kollegen während der Arbeit ihnen und somit auch den Klienten die leichtere Verarbeitung der bestehenden ganzen „Palette von Problemen“ erst ermöglicht. Schlussendlich verfolgen beide aber das gleiche Ziel.

Solange die sozialen Gegensätze sowohl europaweit als auch in globalem Maßstab bestehen, wird man sich in den nächsten Jahren mit Armutszuwanderung auseinandersetzen müssen. Dabei sollte stets bewusst sein, dass die Lösung nicht kommunal zu bewältigen sein wird. Wo dies sinnvoll und möglich ist, können jedoch lokale Angebote bereitgestellt werden. Das Beratungszentrum hat genau diese Ziel

und sollte deshalb weitere Jahre fortgeführt werden, damit es mehreren Menschen in Notlagen geholfen werden kann.

Denn trotz Ausschlussmechanismen und drakonischen Maßnahmen seitens der Stadt und Behörden, wollen diese Menschen hier in Deutschland leben, arbeiten und ihren Lebensmittelpunkt sowie die Stadtgesellschaft gestalten. Mit ihrem Bleiben beharren sie auf ihrem Freizügigkeitsrecht und ihrem Recht hier zu sein und verdeutlichen damit ihren Status als Bürger_innen Europas und der Stadt München. Das Infozentrum bestärkt die Menschen darin, ihre Rechte durchzusetzen und auf ihnen zu beharren, auch darum ist seine Existenz so wichtig.

Quellen:

www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/arbeitnehmerfreizuegigkeit-die-bulgaren-und-rumaenen-kommen-12727567.html. Abgerufen am 12.11.2014

www.npl.ly.gov.tw/pdf/8816.pdf. Abgerufen am 12.12.2014, um 15:05.

www.spiegel.de/politik/ausland/westeuropa-fuerchtet-freizuegigkeit-fuer-rumaenien-und-bulgarien-a-884562.html. Abgerufen am 18.01.2015, um 14:15.

Abbildung 1: bei teilnehmenden Beobachtungen erhaltenes Material